



■ Hintergrund-Informationen

Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2001, S. 1342-1352

Die Talibanisierung Afghanistans

Dr. Matin Baraki

Das von der Weltöffentlichkeit lange Zeit vergessene und zu einem der Waisenkinder der Weltpolitik (1) degradierte Afghanistan ist durch die Anschläge vom 11. September in den Vereinigten Staaten zum herausragenden Thema der Medien geworden. Von der im Land seit der Machtübernahme der Modjahedin am 27. April 1992 herrschenden unvorstellbaren Brutalität von dem in Kabul angerichteten Blutbad und der fast vollständigen Zerstörung der Stadt war zuvor kaum Notiz genommen worden. Erst mit dem Auftauchen der Taleban im September 1994 (am 27. September 1996 eroberten sie Kabul) und ihrer extrem fundamentalistischen, vor allem frauen- und kulturfeindlichen Politik (Anfang März 2001 ließen sie die Buddha-Statuen im zentralafghanischen Bamian zerstören) begann eine neue Etappe der Berichterstattung über Afghanistan.

Die Katastrophe von New York und Washington könnte zu einem Glücksfall für Afghanistan werden - sofern die internationale Gemeinschaft nicht nur die partikularen Interessen bestimmter Mächte, sondern auch die der Afghanen berücksichtigt und dies zu einer nachhaltigen Friedens- und Stabilitätspolitik führt. Dazu bedarf es eines finanziellen Engagements und eines langen Atems. Mit Bomben und Raketen ist das Problemfeld Afghanistan nicht in den Griff zu bekommen, im Gegenteil: Die ohnehin prekäre Situation verschlechtert sich weiter. Ein Vergleich mit dem Balkan taugt nicht; aus jedem perspektivlosen Modjahed und Taleb würde eine lebende Bombe werden, eine Gefahr, die sich jeder Kontrolle entzöge.

Vor 1978

Afghanistan zählte schon in den 70er Jahren zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Erde (least developed countries), war laut UN-Statistik das unterentwickeltste Land Asiens. Das jährlich Pro-Kopf-Einkommen lag 1977 bei 150 Dollar. Auf 652.660 km² lebten 17 Millionen Menschen unter feudalen oder auch vorgefeudalen Verhältnissen. 5% der Bevölkerung verfügten über die Hälfte des bebaubaren Bodens (in Nordafghanistan waren die Verhältnisse noch krasser), einer Fläche von 3 bis 4 Mio. Hektar. Fast 85% der Menschen lebten auf dem Land, als Bauern, Landarbeiter oder Tagelöhner. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt machte 1975/76 etwa zwei Drittel aus. Etwa zwei Millionen Menschen lebten nomadisch oder halbnomadisch und bestritten ihren Lebensunterhalt durch Viehzucht oder Saisonarbeit. Teilweise gab es Leibeigenschaft, manche Großgrundbesitzer betrieben eigene Gefängnisse.

Der Analphabetismus stellte ein schwerwiegendes Problem dar: 97% der Afghanen konnten weder lesen noch schreiben, bei Frauen lag die Quote noch darüber. Im öffentlichen Leben waren die Frauen wie in allen traditionell-islamischen Gesellschaften nicht präsent. Und ebensowenig konnte von der Existenz einer Arbeiterschaft im eigentlichen Sinn gesprochen werden. 1967 waren landesweit ganze 88 Industriebetriebe mit insgesamt 23.436

Beschäftigten registriert. Die Gesamtzahl der Arbeitenden betrug 3,8 Mio. Der Anteil von Erwerbstätigen in der industriellen Produktion, bis 1978 auf 40.000 angewachsen, lag bei lediglich 0,6%. (2) Wegen der enormen Analphabetenrate und der Herkunft der Industriearbeiter aus der Schicht landflüchtiger Handwerker und Bauern, für die dörfliche Traditionen und die Religion weiterhin einen hohen Stellenwert besaßen, konnte von einer politisch bewußten Arbeiterschaft keine Rede sein. Verantwortlich für die Stagnation der Produktivkräfte waren die Feudalherren mit ihrem ökonomischen und politischen Einfluß, die Großschieber, die vom Ausland abhängige, gleichzeitig aber mit den ländlichen Produktionsverhältnissen eng verflochtene Handelsbourgeoisie sowie eine durchweg korrupte Bürokratie.

Die Kindersterblichkeit lag extrem hoch; fast jedes zweite Kind wurde nicht einmal ein Jahr alt. Krankheiten wie Lepra, Pocken und Cholera waren an der Tagesordnung. Im ganzen Land gab es 800 Ärzte.

Der Außenhandel Afghanistans bewegte sich auf niedrigem Niveau und war durchgängig defizitär. Der Deckungsgrad der Importe durch eigene Exporte lag zwischen 50 und 75%. Das Handelsbilanzdefizit belief sich 1975/76 auf knapp 2,7 Mrd. DM. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgte überwiegend durch Auslandskredite. (3) Die Fünf- bzw. Siebenjahrespläne zwischen 1956 und 1978 wurden hauptsächlich auf gleichem Wege finanziert. Allein 1976 mußte Afghanistan für internationale Kredite 200 Mio. Dollar Zinsen aufbringen, eine Summe, die die Jahreseinnahmen um mehr als das Zweifache überstieg.

Keine Regierung Afghanistans konnte auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen. "Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgendeine substantielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben."(4)

Trotz der vor allem seitens der USA und der Bundesrepublik gewährten sektorübergreifenden "Entwicklungshilfe" verschlechterte sich die ökonomische Situation von Jahr zu Jahr. Einzig die Schulden, auch für die zahlreichen, teilweise wenig erfolgreichen Entwicklungsprojekte, stiegen mit schöner Regelmäßigkeit. Für die Monarchie wurde die Lage immer bedrohlicher.

Die Hungersnot nach einer verheerenden Dürreperiode von 1971/72 geschätzte anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen, markierte den Anfang vom Ende der Herrschaft von König Mohammad Saher Schah. "Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen, [...] oder aber durch einschneidende Maßnahmen zur modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es mußte über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren."(5) Für eine Kanalisierung der Krise war aber nicht gesorgt. König Saher Schah hatte das Parteiengesetz, obschon von der Nationalversammlung (Schorae Melli) verabschiedet, nie ratifiziert. Dennoch bildeten sich Parteien, unter Berufung auf Artikel 32 der Verfassung von 1964, die diese Möglichkeit unter bestimmten Bedingungen vorsah.

Die Krise erfaßte das gesamte politische System. Saher Schah verlängerte per Dekret die 13. Legislaturperiode des Parlaments, um einen Volksaufstand im bevorstehenden Wahlkampf zu verhindern. Doch es half nichts. Um die Dynastie zu retten, mußte die Monarchie geopfert werden. Am 17. Juli 1978 putschten die der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zugehörigen Offiziere gegen die Monarchie und verhallen Mohammad Daud (von 1953 bis 1963 Ministerpräsident, außerdem Schwager und Vetter des Königs) zur Macht.

Trotz der in seiner ersten "Rede an die Nation" gemachten Versprechen führte die Regierung Dauds keine nennenswerten Reformen durch. Außenpolitisch verabschiedete er sich von der

traditionellen Politik der Blockheit, indem er die Beziehungen zu Iran, Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan intensiverte. Innenpolitisch entfernte Daud peu á peu alle linken Kräfte von wichtigen Posten und ging im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die DVPA über. Die Parteiführung wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verhaftet; sie sollte liquidiert werden. Als diese Meldung in den Abendsendungen des afghanischen Fernsehens lief, kam es am 27. April unter Leitung von Teilen der DVPA zu einem militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime. Es begann der immer noch andauernde Afghanistan-Konflikt.

Reformversuche der DVPA-Regierung

Hervorgegangen aus der Volksdemokratischen Bewegung und am 1. Januar 1965 in der Illegalität gegründet, hatte die DVPA zum Zeitpunkt des Aufstands rund 18 000 Mitglieder. Die entstammten vornehmlich dem städtischen, kleinbürgerlich-intellektuellen Milieu und besaßen von marxistischer Theorie allenfalls vage Vorstellungen. Im Mai 1967 spaltete sich die Partei; zum Streit um Posten kamen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter einer künftigen Revolution, die Bündnis- und die nationale Frage.

Nach dem 27. April 1978 übernahm die DVPA-Führung die Leitung der Staatsgeschäfte. DVPA-Generalsekretär. Nur Mohammad Taraki wurde Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident, Babrak Karmal sein Stellvertreter und Hafisullah Amin Außenminister. Sofort eingeleitete Reformmaßnahmen - Bodenreform, Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten, Programme zur Alphabetisierung - sollten die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufbrechen.⁽⁶⁾ Sie wurden jedoch ohne Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes durchgeführt. Es kam beispielsweise zu Zwangs-Alphabetisierungen; Mädchen und Frauen mußten zusammen mit Männern an entsprechenden Kursen teilnehmen.

Auch bei der Bodenreform unterliefen den Verantwortlichen gravierende Fehler. Die Bauern waren weder politisch noch materiell darauf vorbereitet worden. Die Stammesstrukturen und die Rolle der Geistlichkeit ignorierte man schlichtweg; nicht selten waren die Großgrundbesitzer zugleich Stammes- bzw. geistliche Führer, was eine Aufteilung des Landes an Stammesmitglieder nicht eben erleichterte.

Sämtliche Regierungsfunktionen wurden an Parteimitglieder vergeben, ohne Rücksicht auf deren Qualifikation. Viele Fachkräfte verloren ihre Funktion und emigrierten. Entgegen den Grundsätzen des Parteiprogramms machte man keinerlei Anstalten, ein breites Bündnis national-demokratischer Kräfte zusammenzubringen.

All das und die de facto fortbestehende Spaltung der DVPA führte zu einer Stärkung der Regierungsgegner. Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, daß sowjetische Militärhilfe unumgänglich schien, um ein zweites Chile zu verhindern. Insgesamt 21 mal seit März 1979 ersuchte die Regierung in Kabul die Sowjetunion um Militärhilfe und Truppenentsendung, Meldungen, die die internationalen Medien als sowjetische Propaganda abtaten.⁽⁷⁾

Obwohl nach Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom Dezember 1978 und Art. 51 der UN-Charta völkerrechtlich legitimiert, war die sowjetische Militärintervention eine immense politische Fehlentscheidung der afghanischen wie der sowjetischen Führung. Sie dokumentiert die Unfähigkeit der Regierung in Kabul, eine politische Lösung des Konflikts zu suchen. Die sowjetische Seite glaubte, durch ihre Militärpräsenz die Modjahedin in Schach halten zu können und der DVPA-Regierung die Chance zu geben, begangene Fehler zu korrigieren, eine gemäßigte Reformpolitik zu realisieren und so die Auseinandersetzungen zu entschärfen. Dieses Konzept trug unmittelbar nach der Intervention der damalige KGB-Chef Juri Andropow der afghanischen Partei- und Staatsführung vor. Der Kabuler Regierung wurde für die Dauer von sechs Monaten alle verfügbare Unterstützung zugesichert. Nach Ablauf dieser Zeit, so die

ursprünglichen Planungen, sollte sie imstande sein, sich selbst zu verteidigen; ein weiterer Verbleib der sowjetischen Streitkräfte hätte sich damit erübrigt.

Möglicherweise hatte Babrak Karmal, der sich im Vorfeld der Intervention in Moskau aufhielt, der sowjetischen Führung den Eindruck vermittelt, er könne die entstandenen Probleme lösen. Das und die geostrategische Bedeutung Afghanistans an der Südflanke der UdSSR veranlaßten das Politbüro der KPdSU, Einheiten nach Kabul zu entsenden.

Mit der Intervention gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität, indem er internationalisiert wurde. Die meisten westlichen Länder, allen voran die USA und ihre regionalen Verbündeten, unterstützten zunächst verdeckt, später ganz offen die Gegner der Regierung Karmal. In seinen unlängst erschienenen Memoiren konzedierte der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates, die amerikanischen Geheimdienste hätten "sechs Monate vor der sowjetischen Intervention" begonnen, den afghanischen Modjahedin zu helfen.(8) Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Jimmy Carter, bestätigte das: "Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Modjahedin im Laufe des Jahres 1980 angefangen, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24. (sic!) Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheimgehalten, ist eine ganz andere. Es ist tatsächlich der 3. Juli 1979 gewesen, daß Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosovietischen Regimes unterzeichnet hat. Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, daß meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde." Und weiter: "Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, daß sie es tun, wissentlich erhöht."(9)

Von diesem Zeitpunkt an wurden unter Regie der CIA und des pakistanischen Militärgeheimdienstes Inter Services Intelligence (ISI) die Islamisten zu schlagkräftigen bewaffneten Organisationen umstrukturiert, wobei Experten anderer NATO-Länder und der VR China mithalfen. Tom Carew, Angehöriger des britischen Special Air Service (SAS), und schon 1979 in Afghanistan eingesetzt: "Wir haben die Afghanen in der Technik des 'Schießen und Abhauen' trainiert. Sie sollten einen Hinterhalt legen, die Aktion durchziehen und dann verschwinden. Das haben sie schnell gelernt. Bald hatten sie dann auch gelernt, einen russischen Konvoi unbehelligt in einen Pass hineinfahren zu lassen, um dann auf halber Strecke zuzuschlagen. Wer da Glück hatte, war sofort tot, die anderen wurden anschließend in Stücke gehackt."(10)

Im Guerillakrieg gegen sowjetische und afghanische Armee-Einheiten erhielten alle afghanischen "Fanatiker in den achtziger Jahren ihre terroristische Grundausbildung."(11) Die Ausbildung beruhte auf dem Antiguerrilla-Handbuch der CIA, aus dem die Modjahedin und die Islamisten um Osama Ben Laden ihr Handwerk erlernten. (12) Ben Laden, der seinen Ruhm dem afghanischen Bürgerkrieg verdankt, wurde von "einem CIA-Verbindungsmann in Pakistan [...] mit modernsten Waffen ausgerüstet." (13)

Gulbuddin Hekmatjar Führer der Islamischen Partei, "der Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat (14), schöpfte als Favorit von CIA und ISI unter den sieben von Pakistan aus operierenden Gruppen den Löwenanteil der Hilfe ab, "60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand". (15) In den ersten zehn Jahren des afghanischen Bürgerkrieges wurden die Islamisten mit "mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet".(16) Allein seit 1987 brachten die USA jährlich über 65.000 Tonnen Waffen über Pakistan nach Afghanistan.

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Michail Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Babrak Karmal, bislang als Garant der Einheit der Partei und der Versöhnung des von dem Despoten Hafisullah Amin verfolgten Teil des Volkes betrachtet, galt nunmehr als Hindernis für eine Lösung des Konflikts. Am 5. Mai 1986

trat er als Generalsekretär der DVPA zurück und wurde am 21. November des gleichen Jahres von allen weiteren Funktionen entbunden. An seine Stelle als Vorsitzender des Revolutionsrates und Generalsekretär trat Nadjibullah, zuvor Leiter des staatlichen Nachrichtendienstes Chedamate Aetlaate Daulati (ChAD). In einem zweiten Schritt wurde der schließlich am 15. Februar 1989 abgeschlossene Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan angeordnet.

Aufgrund dieser neuen Situation sahen die Modjahedin und ihre internationalen Mentoren ihre Stunde gekommen, die jetzt allein dastehende afghanische Armee zu besiegen und die verhaßte Regierung in Kabul hinwegzufegen. Nadjibullah werde sich ohne die Sowjets keine vier Wochen an der Macht halten, lauteten allenthalben die Prognosen.

Doch die Realität sah anders aus. "Die Mudschahedin ´kontrollieren` große Teile des Landes, waren aber bisher nicht in der Lage, auch nur eine einzige bedeutende Stadt in Afghanistan zu erobern. Die im pakistanischen Exil von Peschawar gebildete Afghanische Interims-Regierung der sieben wichtigsten Mudschahedin-Parteien konnte daher nicht ihren Sitz in Afghanistan nehmen. Die Autorität dieser ´Regierung` schwindet von Monat zu Monat. (17) Die groß angelegte Offensive zur Eroberung der ostafghanischen Provinzhauptstadt Djalal Abad im März 1989, an der mindestens 20.000 Kämpfer teilnahmen, scheiterte -trotz des Einsatzes von Panzern, schwerer Artillerie und Raketenwaffen, der Unterstützung durch arabische Freiwillige und der Anleitung durch den pakistanischen Geheimdienst. (18) Die Geduld der Modjahedin-Mentoren schien aufgebraucht; man forderte Einigkeit und Entschlossenheit. (19) Anfang Oktober begann der Großangriff gegen Kabul, im März 1991 die Offensive gegen die Chost in der Provinz Paktia, vier Monate später ein zweiter Angriff auf Djalal Abad.

Präsident Nadjibullah stellte sein Amt zur Disposition und erklärte seine Bereitschaft, das Land zu verlassen, um den UN-Plänen zur politischen Lösung des Konflikts zum Erfolg zu verhelfen. Als Staats- und Parteifunktionäre und hochrangige Vertreter der Armee - so die Gruppe um Außenminister Abdul Wakil, Mahmud Barialei, der Bruder von Babrak Karmal und Milizenchef Abdul Raschid Dostam - seine Weisungen nicht mehr befolgten und ihn an der Ausreise hinderten, flüchtete er in die Kabuler UN-Vertretung, wo er bis zu seiner Ermordung durch die Taleban im September 1996 lebte.

Eine Ursache des Scheiterns von Nadjibullah lag darin, daß es ihm nicht gelungen war, die verschiedenen Fraktionen der DVPA zu einen; am Ende hatte fast jedes Politbüro-Mitglied seine eigene Clique. Dieser Zustand untergrub die Autorität Nadjibullahs innerhalb der Armee wie der Volksmiliz. Der von Verteidigungsminister Schah Nawas Tani geleitete Putschversuch vom 6. März 1990 verdeutlichte das Ausmaß der Krise.

Die neue Führung unter Wakil und dem Nadjibullah-Nachfolger Abdul Rahim Hatf beschloß, die Macht an die Modjahedin zu übertragen. Am 25. April 1992 wurde Kabul kampflos übergeben, Sebghatullah Modjadedi, ein "gemäßigter" Islamist und bisher Exil-Präsident der Modjahedin, erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan.

Der vom Volk herbeigewünschte Frieden kehrte aber nicht ein. Die siegreichen Modjahedin scheiterten daran, das Land gemeinsam zu regieren. Der Krieg fand seine Fortsetzung und wurde nun zwischen den verschiedenen Gruppen und, im wahrsten Sinne des Wortes, gegen das Volk geführt. Kabul wurde in sechs Einflußbereiche aufgeteilt, deren Grenzen vermint und ansonsten gekämpft, bis nur noch Ruinen übrig waren.(20) Wie der Hauptstadt erging es auch den anderen großen Städten des Landes. Die Welt nahm dies kaum zur Kenntnis; Berichte, wonach die Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul "selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Bürgerkrieg" erscheinen ließen - "3.000 bis 4.000 Tote, 200.000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel"(21) - blieben die Ausnahme.

Die Bevölkerung stand dem Geschehen macht- und fassungslos gegenüber, konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des zuvor angeblich so gefährdeten Islams nun gegeneinander Krieg führten, mit allen Folgen für die Zivilisten. Den Islamisten blieb der Stimmungswandel nicht verborgen; sie fürchteten, ihren Einfluß ganz einzubüßen. Und weil die "Islam-Karte" nicht mehr zog, mußten jetzt die Nationalitäten als Rechtfertigung herhalten. Krieg wurde fortan unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe geführt, ohne daß die Modjahedin dem Auftrag ihrer Mentoren nachgekommen wären: das Land vollständig unter Kontrolle zu bringen, gleich um welchen Preis.

Obwohl die Taleban erst im September 1994 öffentlich in Erscheinung traten, wurden sie nach Angaben von General Aslam Beg, ehemals pakistanischer Generalstabschef, seit 1985/86 in Nordost-Afghanistan eingesetzt. Olivier Roy beobachtete bereits im Sommer 1984 in der Gegend von Orusgan, Sabul und Qandahar im Süden Afghanistans Aktivitäten der Taleban. Dort handelte es sich "im Prinzip um die Umwandlung einer ländlichen Madrassa in eine militärische Front".(22)

Genese einer Söldnertruppe

Rekrutiert wurden die Taleban u.a. in den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan. Ihre religiös-fundamentalistischen wie ihre militärische Ausbildung erhielten sie an Religionsschulen, den "Masdrasah". Unter direktem Kommando der pakistanischen Armee und des ISI kamen sie je nach Bedarf bei den verschiedenen Modjahedin-Gruppen zum Einsatz. Aslam Beg zufolge wurden die Madrasahs "großzügig von den Regierungen Pakistans und Saudi-Arabiens und vielleicht der USA finanziert". (23)

Zu dem Entschluß, die Taleban als selbständige militärische Formation im afghanischen Bürgerkrieg einzusetzen, trug unter anderem ein Pipeline-Projekt, durch das Öl und Gas aus Mittelasien über Afghanistan zum Indischen Ozean gebracht werden sollte. Die miteinander rivalisierenden Modjahedin-Gruppen erfuhren bei einem Gespräch im Auswärtigen Ausschuß des US-Kongresses im Frühjahr 1994 zum ersten Mal von diesem Vorhaben. An sie erging die Aufforderung, sobald wie möglich zu einer Verständigung zu gelangen, um die Verwirklichung des Projekts nicht zu verzögern. Das sagten sie zu, ohne sich anschließend daran zu halten.

Dieses Versagen der Modjahedin markierte die Geburtsstunde der Taleban als eigenständige Kampfeinheit. Scheinbar aus dem Nichts entstandene Taleban-Einheiten griffen im September 1994 Qandahar an, der Beginn eines neuerlichen Versuches, den Afghanistan-Konflikt militärisch zu lösen, der die Zustimmung der USA und ihres Verbündeten Pakistan fand. Hinzu kam das geostrategische Interesse Pakistans am Nachbarland.

Erschwerend wirkte, daß Gulbuddin Hekmatyar, ehemals der Super-Modjahed der USA, durch antiwestliche Äußerungen und schließlich durch seine verbale Unterstützung für Saddam Hussein während des Golfkrieges 1991 in Ungnade gefallen war. Zudem wollten die USA und Saudi-Arabien den ideologischen Einfluß des Iran eingedämmt sehen; auch bei dieser Aufgabe hatten die Modjahedin versagt.

Nach einem Treffen mit Vertretern saudi-arabischer und amerikanischer Ölgesellschaften forderte der damalige pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif die Taleban ultimativ auf, die Besetzung Afghanistans bis zum Ende des Sommers 1997 abzuschließen.(24) Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß an den militärischen Erfolgen der Taleban reguläre pakistanische Truppen beteiligt waren. "Auf sich gestellt, könnten die Taleban nicht einmal ein Dorf erobern" hieß es.

Taleban, Ben Laden und die USA

Obwohl die USA noch 1996 bestritten, Kontakt zu den Taleban zu haben (25), sind viele Afghanistan-Experten der Meinung, daß enge politische Verbindungen von Anfang an bestanden. Dem "Guardian" zufolge gab es regelmäßige gegenseitige Besuche auf hoher Ebene. Kurz vor Besetzung Djalal Abads führten Beamte des State Department Gespräche mit Taleban-Führern in Qandahar. (26) Nach den Anschlägen in den USA vom 11. September wurde in den Medien über eine finanzielle Unterstützung Washingtons für die Taleban in Höhe von 10 Mio. Dollar berichtet.

Als die Taleban am 27. September 1996 Kabul einnahmen, versprach die US-Administration Hilfe. Die für Südasien zuständige Staatssekretärin im Außenministerium, Robin L. Raphel, kündigte die Anerkennung der Taleban-Regierung und die Wiedereröffnung der weitgehend unbeschädigt gebliebenen Botschaft in der afghanischen Hauptstadt an. (27)

Den Taleban gelang es jedoch nicht, die Bedingungen für die Realisierung der ökonomischen Projekte ihrer internationalen Mentoren zu schaffen: Sicherheit und Stabilität für den Bau und die anschließende Betreibung einer Gas- und Ölpipeline vom turkmenischen Daulat Abad durch Afghanistan nach Molan in Pakistan zu garantieren.(28) Die Unocal Corporation, Mehrheitsteilhaber des amerikanisch-saudischen Konsortiums Centgas, die seit 1996 für ihr Projekt geworben, Henry Kissinger als Berater engagiert und die Anerkennung der Taleban-Regierung durch die USA und die Vereinten Nationen geworben hatte (29), legte das Projekt schließlich 1998 wegen der Verschlechterung der politischen Bedingungen auf Eis. (30)

Damit hatten die Taleban ihre zentrale Funktion eingebüßt. Seither stufte das Washingtoner State Department Afghanistan "als weltweit wichtigsten Terroristen-Sumpf" ein. Seit dem 11. September sind die Taleban neben Ben Laden zum Feind Nr. 1 der USA avanciert.

Inzwischen leugnet niemand mehr, daß der blinde ägyptische Islamprediger Scheich Omar Abdurrahman, dem der Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993 (31), und der Saudi Osama Ben Laden, dem die Anschläge in New York und Washington zur Last gelegt werden, seit Anfang der 80er Jahre engste

Verbündete der Vereinigten Staaten im Kampf gegen die sowjetische Armee in Afghanistan waren. Man erinnere sich des Auftritts von Zbigniew Brzezinski am Khyber-Paß, wo er den ihn begleitenden Modjahedin mit wütender Stimme und mit dem Zeigefinger auf Afghanistan deutend erklärte: Das ist ihr Land, und dorthin müssen sie, um zu kämpfen.

Inzwischen ist längst klar, daß auch die Gruppe von Abu Sayaf auf den Philippinen, die Islamisten in Algerien, Ägypten, Palästina, Tschetschenien und Kaschmir militärische Kenntnisse und Kampferfahrung im Krieg in Afghanistan sammeln konnten. Ohne den Afghanistan-Krieg, so meine Überzeugung, gäbe es heute keinen islamischen Fundamentalismus dieses Ausmaßes und dieser Radikalität. Wir haben es faktisch mit einer Internationale der Islamisten zu tun. (32)

Schon 1992 kam der "Spiegel" in einem Bericht über Afghanistan zu dem Schluß: "Hier entsteht ein Zentrum des Drogenhandels und des internationalen Terrorismus."(33) Solche Warnungen wurden beiseite geschoben.

Der Scherbenhaufen

Die völlig kritiklose Kooperation der USA und ihrer Verbündeten mit den afghanischen Islamisten, ob sie nun Modjahedin, Taleban oder Ben Laden hießen, war ein Desaster. Wir Afghanen haben die westlichen Länder rechtzeitig davor gewarnt, gegen uns mit solchen Kräften zusammenzugehen, die eines Tages auch für sie eine Gefahr werden könnten. Die USA aber waren fest entschlossen, mit jedem gegen die sowjetische und afghanische Armee zu kämpfen. Die Vereinigten Staaten hatten, so Chalmers Johnson niemals Probleme,

undemokratische, autoritäre und verbrecherische Regime zu unterstützen; es reichte völlig, wenn die ihren Antikommunismus unter Beweis stellten und amerikanische Waffen kauften.(34)

"Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um", heißt es in der Bibel. "Wer eine Schlange in seinem Ärmel hausen läßt, wird von ihr eines Tages gebissen" lautet ein afghanisches Sprichwort. Die USA haben die Islamisten abgerichtet und auf uns Afghanen losgelassen. Nun stehen sie vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die Opfer von New York, Washington und Pennsylvania, so tragisch sie sind, sind auch Opfer der kurzsichtigen amerikanischen Afghanistan-Politik, betrieben im Geiste des Kalten Krieges und eines pathologischen Antikommunismus. Ihre Folgen werden uns noch lange Zeit begleiten, um so mehr, als die USA nun selbst in Afghanistan einen Krieg führen, mit unabsehbaren Folgen für Menschen und Natur.

"Die amerikanische politische Elite hat Schwierigkeiten, die europäischen Probleme zu verstehen. Für den Orient reichen ihre intellektuellen Fähigkeiten einfach nicht aus, befand Henry Kissinger 1991. 35 Bleibt zu hoffen, daß die US-Strategen inzwischen ein wenig nachgeholt haben.

Für die innerafghanischen Kräfte gilt¹ nie mehr über die Köpfe der eigenen Bevölkerung hinweg zu entscheiden. Die "Revolutionäre" von 1978 hätten gewarnt sein können: Schon der afghanische König Amanullah war an seiner Ungeduld bei der Durchführung von Reformen gescheitert. Sie beriefen sich zwar immer wieder auf Traditionen des Landes und berücksichtigten nicht einmal eine so bewährte wie die der Djerga, Stammesversammlungen, die immer eine bedeutende Rolle bei der Lösung von Konflikten spielten.

Keine der gegenwärtigen politischen oder militärischen Gruppierungen ist in der Lage das Land allein zu regieren. Linke wie Islamisten sind völlig diskreditiert. Die Nordallianz als Hoffnungsträger stilisiert sind - mit Ausnahme von Abdul Raschid Dostam - diejenigen Islamisten die nach ihrer Machtergreifung 1992 als erstes die Vertreibung der Frauen aus öffentlichen Ämtern anordneten und das Land in einem gnadenlosen Bürgerkrieg in Angst und Schrecken versetzten.

Ironie der Geschichte: Die einzigen Kräfte, die zur Führung des Landes imstande wären, sind die bürgerlich-technokratischen Experten, die zum Teil noch Regierungserfahrung besitzen. Mit ihrer Hilfe könnte es gelingen, unter Führung des Ex-Königs Saher Schah als Integrationsfigur die zersplitterten politisch-militärischen Kräfte sowie die verschiedenen Stämme zu einen. Afghanistan hätte eine Chance, wenn es gelänge, eine zivile Regierung auf breiter Basis unter Berücksichtigung der Multiethnizität des Landes und der bewaffneten und zivilen Gruppen zu bilden.

George W. Bush und Tony Blair wollen die Taleban als militärischen Faktor ausschalten. Die andauernde Bombardierung Afghanistans und das Vorrücken der Nordallianz auf Kabul lassen kaum Zweifel daran, daß das der Fall sein wird. Ob die Taleban im künftigen Afghanistan noch eine Rolle spielen können, hängt davon ab, was von ihren Strukturen übrig bleibt.

Ein föderatives Afghanistan - das war das Land schon in der Vergangenheit, auch wenn es zentral von Kabul aus gelenkt wurde - wäre die einzige und beste Lösung, Einheit und Frieden zu sichern. Das kann gelingen, wenn die ausländische Einmischung aufhört, die seit Jahrzehnten den Afghanistan-Konflikt lenkt, und unter Federführung der Vereinten Nationen die Voraussetzungen für einen zivilen Aufbau geschaffen werden. Ohne beträchtliche internationale Hilfe wird das nicht gehen, dazu sind die Aufgaben zu immens. Allein die Räumung der 10 bis 11 Mio. Landminen würde bei der jetzigen Kapazität der Minenräumkommandos 400 Jahre in Anspruch nehmen.

Auch die Bundesrepublik ist angesichts ihrer Verantwortung für die indirekte Mitwirkung an der Zerstörung Afghanistans nun gefordert. Jahrzehntlang unterstützte sie Mojahedin-Gruppen, indem ihnen seit 1980 Mittel in Höhe von 100 Mio. DM jährlich aus Sonderprogrammen des BMZ und des Auswärtigen Amts über pakistanische Kanäle zukamen. Nicht um die Beteiligung am bewaffneten Kampf gegen Afghanistan, sondern um den künftigen Wiederaufbau des Landes müßte die Bundesregierung ringen.

Anmerkungen

Der Autor folgt in seinem Beitrag eigenen Transskriptionsregeln. - D. Red.

- 1 Butros Butros Chall, Die Aufgabe des Sisyphus, in: "Der Spiegel", 31/1996.
- 2 Vgl. Matin Baraki, Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Mghainstan, Frankfurt a.M. 1996, S.444.
- 3 Vgl. Hans Schusnacher, Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, in: Murad Asiel (Hg.), Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, Bochum 1979, S. 32, Tab. 6.
- 4 Jochen Hippler, Der Krieg geht weiter, in: "blätter des iz3w", 152/1988.
- 5 Klaus Ackermann, Stille Revolution in Afghanistan, in: "Außenpolitik", 1/1965, S. 34.
- 6 Vgl. Nur Mohammad Taraki, Grundlinie der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afgbanistan, 9. Mai 1978, in: Wolfram Brönner, Afghanistan. Revolution und Konterrevolution, Frankfurt a. M. 1980, S. 203.
- 7 Vgl. Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.
- 8 Vgl. Las Revelations d` un Ancien Conseiller de Carter, in: "Le Nouvel Observateur", 15.1.1988 (eigene Übs., d. Verf.).
- 9 Ebd.
- 10 Tom Carew, Vermint, vereist, verheerend, in: "Süddeutschezeitung" (SZ) 27.9.2001.
- 11 Stephan Bierling, Um des Terrors willen, in: sz, 27.9.2001.
- 12 Vgl. Hannes Bahrmann u.a., Killerkommando, Dortmund 1986, S. 16ff., 22ff., 111ff.
- 13 Willi Winkler, Was gibt`s da zu lachen? In: sz, 22.123.9.2001.
- 14 Heinz-Rudolf Otlimerding, Friedenshoffnung in Afghanistan: Taliban rücken nach Kabul vor, Deutsche Presse Agentur (dpa), 15.2.1995.
- 15 Eiserne Faust, in: "Der Spiegel", 38/1992.
- 16 Absolut blind, in: "Der Spiegel", 38/1989.
- 17 Klaus Natorp, "Ungestaltung auch in Afghanistan, in: "Frankfurter Allgemeine zeitung" (FAZ), 25.1.1990.
- 18 Vgl. Hermann Denecke, Ein Faß voll Leben, in: "Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 19.5.1989.
- 19 Klaus Natorp, Unentschieden in Afghanistan, in: FAZ, 5.2.1990.
- 20 Das Inventar der Ministerien, der Universität, der Schulen und wertvolle Gegenstände im Kabuler Museum wurden geplündert und nach Pakistan verfrachtet; die Bestände der großen Bibliotheken fielen teilweise Bücherverbrennungen zum Opfer.
- 21 Peter Sichrovsky, Ein Land zerfleischt sich selbst, in: SZ 31.8.1992.

22 Olivier Roy, Die Taliban-Bewegung in Afghanistan, in: "Afghanistan-Info" 36/1995, zit. n. "Mahfel - zeitschrift des Freundeskreises der Völker West- und Mittelasiens", 2/1995, S.8.

23 zu. n. Taliban schon seit 1985/86? In: "Mahtel", ebd., S.5

24 Krieg um Bodenschätze, in: "Der Spiegel", 22/1997.

25 vgl. "International Herald Tribune", 5.11.1996; amnesty international, Afghanistan, Schwere Übergriffe im Namen der Religion, November 1996.

26 vgl. amnesty international, Afghanistan, ebd.

27 Vgl. Richard Mackenzie, The United States and the Taliban, in: William Maley (Hg.), Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban, London 1998, S.91.

28 Vgl. ebd., S.96.

29 Vgl. Rückzug der Unocal aus Afghanistan in: "Neue Zürcherzeitung" (NZZ) 24.12.1998.

30 Rückschlag für Pipelineprojekt in Westafghanistan in: NZZ 27.8.1998.

31 Vgl. Peter Gerner, Der "ägyptische Khomeiny". Unter dem Schutz der CIA? In: "Frankfurter Rundschau", 6.7.1993.

32 vgl. Khalid Duran, Nur die Geopferten zählen, in: FAZ, 8.5.1993.

33 Hans Hielscher, "Gnade unserem armen Land", in: "Der Spiegel", 29/1992.

34 vgl. Chalmers Johnson, Blowback: The Costs and Consequences of American Empire, New York 2000.

35 Henry Kissinger, in: "ZAK", WDR-Fernsehen, 25.1.1991.

Dr. Martin Baraki ist Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Philipps-Universität Marburg

E-Mail: baraki@mail.uni-marburg.de

Internet: <http://statt-www.uni-marburg.de/~baraki>